

An Vorschlägen fehlt es nicht

Hochschulpolitische Gremien fordern grundlegende Reformen

Die zahlreichen Krisenphänomene in der deutschen Hochschullandschaft sind nicht zu übersehen. Vor allem der ungebremste Andrang von Studienbewerbern und die von der Überlastungssituation mitbedingten überlangen Studienzeiten haben schon lange die Forderung nach einer Grundsatzdiskussion über das deutsche Hochschulsystem und die damit verbundenen Fragen der Schulpolitik und der beruflichen Ausbildung hervorgerufen. Im Vorfeld des vom Bundeskanzler für September einberufenen Bildungsgipfels haben hochschulpolitisch maßgebliche Institutionen mehrere Positionspapiere zur Hochschulreform vorgelegt.

Es sind zu viele, die anfangen, und sie sind zu alte, wenn sie fertig sind: Die deutschen Studierenden konnten in den vergangenen Monaten ihren festen Platz in den Schlagzeilen behaupten. Dabei wurde die Diagnose zur Situation an den deutschen Hochschulen in den vergangenen Jahren – die breite Öffentlichkeit wurde spätestens 1989 mit der Misere konfrontiert, als eine Protestwelle durch die großen deutschen Hochschulen lief – schon unzählige Male gestellt und beklagt: Mit ihren Kapazitäten sind die Universitäten dem Ansturm der Studenten nicht mehr gewachsen, zwischen der Zahl der Studierwilligen und den offiziell zur Verfügung stehenden Studienplätzen besteht ein krasses Mißverhältnis. 1,69 Millionen Studenten teilen sich in den alten Bundesländern 810000 Studienplätze.

Unter den damit gegebenen Betreuungsmöglichkeiten – sicherlich wird der Befund fächerspezifisch unterschiedlich ausfallen – ist kaum mehr eine zu verantwortende, effektive Lehre möglich. Nach Angaben der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) hat sich das Verhältnis von Lehrenden und Studierenden im Zeitraum von 1977 (damals wurde der sogenannte „Öffnungsbeschluß“ zur Sicherung der Ausbildungschancen zwischen Bund und Ländern getroffen) bis 1990 an den Universitäten von 1:11 auf 1:16, an den Fachhochschulen von 1:18 auf 1:37 verschlechtert.

Überlange Studienzeiten und hohe Abbrecherquoten

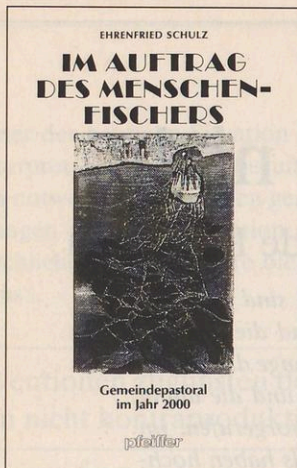
Auch die *Hochschulforschung* liegt im argen. Ein Terrainverlust der Hochschulen gegenüber außeruniversitären und wirtschaftseigenen Forschungseinrichtungen aufgrund unzureichender Grundausrüstung gerade im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich wird von Hochschulkonferenz und Wissenschaftsrat schon lange beklagt. Trotz oder besser wegen des vielbeschworenen Studentenbergs fehlt es auch an vor allem jungen wissenschaftlichen Nachwuchskräften. Das Gros der Studenten, die von den Universitäten eine auf den Beruf vorbereitende Ausbildung erwarten, behindert die wenigen, die eine wissenschaftliche Forscherkarriere anzielen. An War-

nungen vor einem immer größer werdenden „Professorenloch“ hat es in den letzten Jahren auch nicht gemangelt: Finanziell ist eine Anstellung außerhalb des Campus für Spitzenkräfte allemal reizvoller, und der verantwortungsbewußte wissenschaftliche Nachwuchs reibt sich in der durch die personelle wie räumliche Überlastung immer anstrengender werdenden Lehre auf.

Die Indikatoren für die Hochschulmisere sind zahlreich und kaum zu übersehen: Die tatsächliche Studienzzeit eines Großteils der Studenten überschreitet deutlich die in den Prüfungsordnungen vorgesehenen Regelstudienzeiten. Zu hoch ist der Anteil derer, die nach vergeblichen Semestern das Fach wechseln oder ohne akademische Qualifikation der Universität den Rücken kehren. Darüber hinaus binden fehlende Orientierung, vor allem zu Studienbeginn, überladene und viel zu sehr dem Spezialwissen verpflichtete Studien- und Prüfungsordnungen und immer mehr ausufernde Magister-, Diplom- und Doktorarbeiten die deutschen Studierenden zu lange an die Alma mater.

Den Hochschulen selbst fehlt es, so die Kritik aus deren Reihen, neben Geld auch an nötigem Spielraum und an Autonomie, um selbstheilende Kräfte zu entwickeln; zu sehr seien sie verstrickt in ein unübersichtliches Netz von Regeln, Gesetzen und eigenen lieb gewordenen Gewohnheiten.

Die nun schon seit Jahren schwelende Diskussion um die dringend erforderliche Reform des Hochschulsystems erhielt in jüngster Zeit vor dem Hintergrund drängender gesamtgesellschaftlicher Herausforderungen neue Nahrung: Angesichts des zu bewältigenden Umbaus des Hochschulsystems der ehemaligen DDR fiel zum einen mit der Frage nach Bewährtem und den zu vermeidenden Fehlern ein grelles Licht auf die Situation an den Hochschulen der alten Bundesländer. Zum anderen drängen die fortschreitende europäische Vereinigung und der damit absehbar entstehende europäische Arbeitsmarkt dazu, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Studien- und Bildungsabschlüsse zu prüfen. Die immer wiederholte Binsenwahrheit hat auch in der jüngsten Standortdiskussion ihre Aktualität bewiesen: In einem an Rohstoffen armen Land ist das Bildungssystem ein wesentlicher wirtschaftlicher Faktor. Auch wenn die deutsche Hochschulausbildung



92 Seiten
DM 22,-
ISBN 3-7904-0603-1

Das Buch wendet sich gegen leere Geschäftigkeit in Theologie und Pastoral, sowie gegen eine weit verbreitete depressive Stimmung in der Kirche. Die Bereitschaft zum „Umdenken“ und zum „Neu-Denken von Gemeinde“ will der

Autor mit seinen praxisorientierten Ideen zu einer zukunftsbejahenden Seelsorge unterstützen.

Waltraud Herbstrich

Edith Stein – Das eine Menschsein

Die Frau im Christentum

124 Seiten, DM 22,-

ISBN 3-7904-0602-3

J. PFEIFFER VERLAG

Anzinger Straße 15 · 8000 München 80

Tonkassetten von Eugen Drewermann

Kleriker · Milomaki · Bergpredigt · Märchen 1
Kirche und 450 Jahre Reformation · Märchen 2
Depression und Religion · Mythos und Geschichte

Was den Menschen böse macht ·

Der Mythos vom Paradies · Das Vater unser

jeweils DM 19.80 / 100 Minuten

bei

K & M Versand / Andreas Kohl

5020 Frechen / An der Mergelskaul 13

Tel 0 22 34 -2 25 55 Fax 0 22 34-2 39 59

bei den meisten ihrer Gutachter gute Zensuren erhält, hat sie eine zentrale Schwachstelle: Im Vergleich mit ihren europäischen Kollegen sind die deutschen Akademiker – die dreizehnjährige Schulausbildung und die Wehrpflicht schlagen ebenfalls zu Buche – bei Berufsbeginn älter. Aus der Wirtschaft ist daher seit langem schon der Wunsch nach im Schnitt jüngeren Hochschulabsolventen zu hören.

Vor allem aber kennzeichnen derzeit zusätzlich *finanzpolitische Erwägungen* die Debatte um das deutsche Bildungssystem: Die durch die immensen Kosten des deutschen Einigungsprozesses und eine allgemeine wirtschaftliche Rezession stark strapazierten Haushalte verlangen auch im Bildungsbereich Sparwilligkeit. Zusätzliche Begehrlichkeiten von seiten der Bildungsinstitutionen haben es derzeit doppelt schwer, offene Ohren und Kassen zu finden. Dabei ist die von der Bundesregierung gesetzte Priorität für den Aufbau einer Bildungs- und Forschungsstruktur in den neuen Bundesländern bei den hochschulpolitisch relevanten Gremien unumstritten.

Angesichts dieses Bündels von bildungspolitischen Herausforderungen hat der Bundeskanzler zu einem nun nach mehrmaligem Verschieben für September geplanten Bildungsgipfel eingeladen. In dessen Vorfeld wurden von den hochschulpolitisch maßgeblichen Institutionen und Verbänden einige Thesen- und Grundsatzpapiere zur Reform der Hochschul- und Studienstruktur vorgelegt.

Ihren Entwurf zu einer grundlegenden Hochschulreform hat die HRK mit dem „Konzept zur Entwicklung der Hochschulen in Deutschland“ bei der Vollversammlung im Juli letzten Jahres verabschiedet, nachdem die HRK-Plenarversammlung im November 1991 zu der Einschätzung gelangt war, den „Öffnungsbeschuß“ aus dem Jahr 1977 nicht mehr mittragen zu können – die Zahl der Studierenden im Wintersemester 91/92 betrug 1,78 Millionen und überstieg damit jene aus dem Jahr 1977 damit um mehr als 75 Prozent.

Die Finanz- und Kultusministerkonferenzen der Länder (FMK und KMK) wandten sich am 22. Mai 1992 nach gemeinsamen Beratungen zur Situation der Hochschulen mit einem Schreiben an die Ministerpräsidentenkonferenz. Die in diesem Bericht vorgeschlagenen Maßnahmen zur Reform wurden in einem weiteren Schreiben vom 12. Oktober 1992 konkretisiert. Eine Gemeinsame Arbeitsgruppe von HRK und KMK erstellte dazu in einer Stellungnahme vom 16.10.92 einen Vorschlagskatalog zur „Studienreform mit dem Ziel einer Studienzeiterkürzung“.

Im Januar dieses Jahres veröffentlichte der Wissenschaftsrat seine „10 Thesen zur Hochschulpolitik“, das Präsidium des Deutschen Hochschulverbandes verabschiedete am 5. Februar seine 14 Thesen zur Hochschulreform. Die genannten wissenschaftspolitischen Positionen flossen auch ein in das Grundsatzpapier der Bundesministerien für Bildung und Wissenschaft (BMBW) und für Forschung und Technologie (BMFT) vom 3. Februar 1993, das sich im wesentlichen auf die Hochschul- und Forschungspolitik konzentriert, dabei je-

doch die entscheidenden Schnittstellen zur Schul- und Berufsausbildung mitberücksichtigt. Bereits im Juni letzten Jahres hatte das BMBW „Thesen zur Belebung der Leistungskraft der Hochschulen“ vorgelegt. Neben den Positionen anderer Fachverbände wird in diesem BMBW-Bericht auch auf die Stellungnahme der Spitzenverbände der Wirtschaft abgehoben. Deren Positionspapier „Differenzierung, Durchlässigkeit, Leistung“ wurde in einer bereits überarbeiteten und konkretisierten Fassung im Januar 1992 vorgestellt. Darin werden Strukturmaßnahmen sowohl im allgemeinbildenden Schulwesen als auch in der beruflichen Ausbildung, im Hochschulsystem, in der beruflichen Weiterbildung und in der berufsbezogenen wissenschaftlichen Weiterbildung an Hochschulen vorgeschlagen. Für den Mitte September bevorstehenden Bundesparteitag der CDU in Berlin, der einen bildungspolitischen Schwerpunkt haben wird, wurde vom zuständigen Fachausschuß ein umfassender Diskussionsentwurf vorgelegt: „Erziehung, Ausbildung und Bildung in unserer freiheitlichen Demokratie: Für die humane Leistungsschule und ein leistungsfähiges Hochschulsystem“.

Grundsatzdiskussion statt Kurieren von Symptomen

Die Forderung der HRK, zur Lösung des Problemstaus bedürfe es einer „Grundsatzdiskussion über Umfang, Struktur und Inhalt des Bildungs-, Ausbildungs- und Forschungsbereiches“, findet sich als Tenor in allen der genannten Papiere. Soll nicht durch weiteres Kurieren von Symptomen nur einer weiteren „Überregelung“ der Hochschulen Vorschub geleistet werden, muß eine grundlegende Hochschulreform das ganze Bildungssystem im Blick haben; die *Schnittstellen zur Schule und zur beruflichen Ausbildung* müssen mitberücksichtigt werden.

Hohe Abbrecherquoten und häufige Fachwechsel müssen zu der Frage führen, inwieweit die Studienbefähigung gegenwärtig durch die Gymnasien noch garantiert ist. Die in den Positionspapieren zur Abhilfe erhobenen Forderungen reichen von einem gerade in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Kernfächern verbindlichen Fächerkanon in der Oberstufe über die verstärkte Berücksichtigung der Fremdsprachen hin zu einer grundsätzlichen Rückorientierung des Gymnasiums auf die Vermittlung von Allgemeinbildung und einem bundes- oder zumindest landesweiten Zentralabitur.

Grundsätzlich aber, darüber besteht unter den Gremien Einigkeit, soll am *Abitur* als der *primären Hochschulzugangsberechtigung* festgehalten werden. Allerdings sollen die Hochschulen an der Auswahl der Studienbewerber stärker beteiligt, bzw. schon bestehende Möglichkeiten für die Aufstellung fach- und leistungsbezogener Auswahlkriterien besser genutzt werden (HRK/Wissenschaftsrat). Das mit der grundsätzlichen Kritik an den zu alten Studienabsolventen in jüngster Zeit zur Disposition gestellte 13. Schuljahr halten weder der Bundes-

minister für Bildung noch die CDU in ihrem Diskussionspapier, noch die Spitzenverbände der Wirtschaft für erhaltenswert (vgl. ds. Heft, S. 220).

Auch wenn die hochschulpolitischen Gremien der vielgehörten, aber zu einfachen Alarm-Formel von „mehr Akademiker als Facharbeiter“ mit Vorbehalt begegnen, muß doch auch die geforderte Grundsatzdiskussion die derzeitig mehr und mehr schwindende und volkswirtschaftlichen bedenkliche Attraktivität der *beruflichen Bildung* problematisieren. Um die duale Berufsbildung gegenüber dem Hochschulsystem wieder als echte Alternative zu profilieren, fordern die Stellungnahmen durchweg: neue und differenzierte Ausbildungsangebote, bessere Weiterbildungsmöglichkeiten und den Ausbau der in Baden-Württemberg bewährten Berufsakademien, einschließlich einer Regelung zur bundeseinheitlichen Anerkennung der dort erworbenen Abschlüsse. Einmütig wird dabei in den verschiedenen Gremien die Diagnose gestellt: Ein Hauptdefizit besteht in der Imagepflege, die die Gleichwertigkeit der Berufsausbildung mit der Hochschulausbildung hervorhebt.

Vor allem aber warnen gerade Wissenschaftsrat und HRK in ihren Positionspapieren erneut davor, die notwendigen Reformmaßnahmen mit unrealistischen – etwa ausschließlich an der demographischen Entwicklung orientierten – Erwartungen zu verknüpfen. Es müsse von einem weiterhin *steigenden Bildungs- und Ausbildungsinteresse* ausgegangen werden. Die Zahl der Studienanfänger, so die Prognose der HRK, werde sich in den nächsten beiden Jahrzehnten bei etwa 300000 pro Jahr einpendeln, die der Studierenden nicht mehr unter 1,5 Millionen fallen und bis zum Jahr 2010 wieder über 1,8 Millionen ansteigen.

Diese Tendenz zu einer wachsenden „individuellen Studierneigung“ werde zudem gefördert durch die steigende Nachfrage des Arbeitsmarktes – und diese Entwicklung ist ebenso bei den europäischen Nachbarn zu beobachten – nach Arbeitskräften, die über eine höhere Qualifikation verfügen. Schon 1987 seien 10,3 Prozent der 27,1 Millionen Arbeitnehmer in den alten Bundesländern Hochschulabsolventen gewesen (zwei Drittel davon mit Universitätsabschluß); bis zum Jahr 2010 wurde von Experten der Anteil der Universitätsabsolventen an den Berufstätigen auf knapp 12 Prozent (3,2 Millionen), der Anteil der Fachhochschulabsolventen auf 10 Prozent (2,8 bis 3,1 Millionen) geschätzt.

Die dem Ausbau und der Ressourcenausstattung der Hochschulen bisher zugrundeliegenden Zahlen müssen daher angesichts dieser wachsenden Nachfrage revidiert werden. Der Bericht von KMK und FMK veranschaulicht die nachhaltige Verschiebung der „Gewichte zwischen der Inanspruchnahme des Hochschulwesens und den ihm zugewiesenen Ressourcen“: Während im Zeitraum von 1977 bis 1990 die Zahl der Studienanfänger um 73 Prozent, der Studenten in der Regelstudienzeit um 48 Prozent, der Studenten außerhalb der Regelstudienzeit um 106 Prozent und die Zahl der Absolventen um 20 Prozent stieg, wuchs die Zahl der Personalstellen um 7 Prozent, der räumlichen Studienplätze um 11 Prozent, die

Ausgaben für die Hochschulen um 12 Prozent und die Drittmittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) um 18 Prozent.

Differenzierung und Profilierung von Hochschultypen und Studienangebot

Die zentralen Lösungsworte für den Ausweg aus der Krise heißen Differenzierung und Profilierung, sowohl was die Hochschulstruktur als auch was die Struktur und die inhaltliche Gestaltung des Studienangebotes betrifft. Da 25 Prozent eines Altersjahrganges nicht auf dieselbe Art und Weise ausgebildet werden können wie 5 Prozent, ließen sich eben, so der Wissenschaftsrat, erfolgversprechende Lösungen nicht allein durch mehr Finanzmittel herbeiführen.

Dabei betonen die Hochschulrektoren in ihrer Stellungnahme, bereits der Beschluß der Westdeutschen Rektorenkonferenz „Die Zukunft der Hochschulen“ vom 4. Juli 1988 habe kritisiert, daß ein „eindimensionales Hochschulkonzept“ an den Erfordernissen eines modernen Wissenschaftssystems vorbeigehe. Schon dort habe man die Notwendigkeit des bestehenden Hochschulsystems unterstrichen, „in dem unterschiedliche, aber gleichwertige Hochschularten mit jeweils eigenständigen Profilen die unterschiedlichen Anforderungen in Forschung, Lehre und Studium in Aufgaben- und Arbeitsteilung“ erfüllen; der Wissenschaftsrat sieht eine der zentralen Ursachen für die „Funktionsdefizite“ der gegenwärtigen Hochschulstruktur in der Entdifferenzierung der Hochschultypen.

Für einen den neuen Zahlen angemessenen Ausbau der Hochschulen suchen alle Gremien den Abschied vom Königsweg Universität. Dagegen soll die Stärkung und Erweiterung der *Fachhochschulen* – entsprechend der Nachfrage von seiten der Studienbewerber und den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes – Priorität haben. Der bisherige Anteil der Fachhochschulen bei den Studienanfängern beträgt nach Angaben des KMK/FMK-Berichtes 25 Prozent (alte Länder). Bis zum Jahr 2000 soll sich ein Verhältnis von 35:65 ergeben, für die Zeit danach sollen 40 v. H. Studienplätzen an den Fachhochschulen eingerichtet sein (die HRK nennt ein angezieltes Verhältnis von 1:2). Entscheidend dabei jedoch soll sein, daß auch bei den ausgebauten Fachhochschulen das gegenwärtige Profil der Vermittlung „praxisorientierter Ausbildung“ gewahrt bleibt.

Auch soll nach dem Willen der Reformen das Studienangebot an den Fachhochschulen inklusive berufsbezogener „Teilzeitstudiengänge“ erweitert werden. Das bedeutet zugleich, da heute bereits zwei Drittel der Ingenieure und die Hälfte der Betriebswirtschaftler von den Fachhochschulen kommen, daß eine solche Erweiterung des Fächerspektrums (vorgeschlagen werden insbesondere Fremdsprachen und Rechtswissenschaften) zwangsläufig nur in Konkurrenz zu den Universitäten erfolgen kann.

Ein so forciertes Ausbau könne jedoch nur dann wirksam werden, wenn der Fachhochschulabschluß auch praktisch als gleichwertig anerkannt werde. Privatwirtschaft und öffentlicher Dienst werden direkt aufgefordert, durch eine flexiblere und leistungsbezogene Gestaltung der Gehälter und Aufstiegsmöglichkeiten die Attraktivität deutlich berufsbezogener und kurzer Fachhochschulstudiengänge zu fördern.

Entspannung im Universitätsbetrieb selbst verspricht man sich von einer differenzierteren Gestaltung der Studienstruktur und -inhalte. In allen Positionspapieren wird einheitlich die deutlichere Profilierung und Unterscheidung einer ersten berufsbefähigenden, „grundständigen“ Studienphase, die mit dem Erwerb berufsqualifizierender Studienabschlüssen (Magister, Staatsexamen, Diplom) beendet sein soll, gegenüber einer zweiten, die der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses dienen soll, gefordert. Diese Ausbildungsphase soll entweder in Form der klassischen Promotion oder in Graduiertenkollegs erfolgen, deren weiterer Ausbau einheitlich vorgeschlagen wird. (Dabei ist jedoch noch nicht deutlich zu erkennen, inwieweit eine konkrete Ausgestaltung dieses Vorschlags eher auf eine Zweiteilung [BMBW, KMK] oder auf zwei Phasen des Studiums [Wissenschaftsrat, HRK] abzielen wird.) Zum Teil werden, aufbauend auf dieser grundsätzlichen Differenzierung zusätzlich Vorschläge auch für berufsorientierte Weiterbildungsmöglichkeiten an den Hochschulen gemacht. Dabei mahnen KMK und Wissenschaftsrat gleichzeitig an, die bestehenden studienzeitverlängernden Aufbau- und Zusatzstudienangebote zu überprüfen und deren weiteren Ausbau zu bremsen. Da heute im Zuge einer grundsätzlichen Veränderung des Charakters der Studienzeit (z. B. wird ein höherer Lebensstandard gewünscht als früher) mehr und mehr Studierende gleichzeitig berufstätig sein wollen, empfiehlt der Wissenschaftsrat auch hier, Teilzeitstudiengänge einzurichten.

Entschlackung der berufsbefähigenden Studienphase

Die erste, „berufsbefähigende“ Studienphase soll den Erwartungen des Gros der Studierenden entsprechen, die an den Hochschulen eine berufs- und karrierebezogene Ausbildung suchen. Da diese Phase Regelstudienzeit-bezogen und „studierbar“ (KMK) gestaltet werden soll, wird auf eine Entschlackung und Entfrachtung der Studien- und Prüfungspläne gedrängt, in denen sich im Laufe der Jahre immer mehr Spezial- und Detailbereiche angesammelt haben. Dabei betonen jedoch Wissenschaftsrat, Hochschulverband und HRK, daß auch diese Phase theorie- und forschungsorientiert bleiben solle und nicht unter der Hand schlicht zu einer Kopie der Fachhochschulstudiengänge mutieren dürfe. Die deutlichere Profilierung berufsbezogener und wissenschaftsorientierter Phase solle nicht das zentrale Grundprinzip der deutschen Universitätslandschaft, die Einheit von Lehre und Forschung, unterhöhlen.

Begleitende Reformmaßnahmen in der Studienorganisation und verbesserte Betreuung durch Mentoren- und Tutorenprogramme vor allem zu Studienbeginn sollen die Einhaltung der Planstudienzeiten zusätzlich garantieren. Eine Möglichkeit zur Verkürzung der Studienzeiten wird beispielsweise von der noch breiteren Einführung der sogenannten „Freischußregelung“ in die Prüfungsordnungen erwartet: Wo ein Fehlversuch für die Studierenden folgenlos bleibt, melden sich viele früher zur Prüfung – die meisten dann auch mit Erfolg.

Sanktionen und Anreize zur Durchsetzung der Reformmaßnahmen

Die Schlüsselworte zur Durchsetzung der Studienreform heißen in den Positionspapieren *Wettbewerb*, *Leistung* und *Leistungsbewertung*. Verstärkt setzt man auf Sanktion und Anreiz als Alternative zum bürokratischen Weg von Verregelung und Verordnung, der trotz der Vielzahl der bisher begangenen Maßnahmen nicht zur erhofften Reform geführt hat.

Zur Steigerung der Leistungsfähigkeit in Lehre und Forschung plädieren die Gremien für den edlen Wettstreit unter den Hochschulen. Die Verpflichtung zur regelmäßigen Vorlage von Berichten über die Qualität der Lehre und Verfahren zur vergleichenden Bewertung von Lehrleistungen der verschiedenen Hochschulen werden einheitlich gefordert. Für eine neben der hochschulinternen auch vorgeschlagenen externen Leistungsbeurteilung käme beispielsweise ein beim Wissenschaftsrat „ingerichteter Ausschuß Lehre“ in Frage.

Durchgängig wird gefordert, daß Leistung und Qualität für die Zuweisung von Grundausstattung, Personalstellen und Sachmitteln entscheidend sein sollen. Grundsätzlich wird für die Hochschulen eine deutlichere Förderung ihrer *Autonomie* und damit auch ihrer Finanzautonomie angestrebt. Dazu werden ebenso einmütig Maßnahmen zur Stärkung der Hochschulleitungen und zur Verbesserung des insgesamt als ungenügend beurteilten Hochschulmanagements verlangt.

Abhilfe bei der Misere in der Lehre und eine grundsätzliche Aufwertung der didaktischen Komponente im Hochschulbetrieb könne, so etwa die Kultusminister, durch die Gewährung einer Lehrzulage geschaffen werden, ein Anreiz für stärkeres Engagement im Hörsaal. Geeignete Maßnahmen und Anreize zur Förderung der didaktischen Kompetenz sehen auch die anderen Positionspapiere vor, wobei schon im Vorfeld bei Habilitationen und Berufungsverfahren auf die Lehrfähigkeit ein besonderes Augenmerk gelenkt werden soll. Zur Bewertung und Überprüfbarkeit der Lehrleistung innerhalb der Hochschule wird dabei auch der Vorschlag der studentischen Veranstaltungskritik, wie sie an Hochschulen anderer Länder üblich ist, aufgegriffen. Eine zentrale Qualitätsgarantie für eine effektive Lehre aber bleibe – dies betonen die Hochschulrektoren gegenüber den doch immer wieder vorgebrachten Überlegungen zur Trennung von Forschung und Lehre – die Forschungserfahrung der Universitätslehrer.

Leistungsförderung über Sanktion und Anreiz soll aber nicht nur für die Hochschulen und Professoren gelten, sondern auch für die *Studierenden*. Die immer wieder sowohl als Leistungsanreiz wie als Zustrombegrenzung in die Diskussion geworfenen *Studiengebühren* werden in allen Reformentwürfen für das berufsbefähigende und das Graduiertenstudium abgelehnt. Allerdings werden, sind einmal die Bedingungen für ein zumutbares Studium in der Planstudienzeit erfüllt, für Überschreitungs-Semester Gebühren vorgesehen. Ebenso soll das Zweitstudium nicht länger gebührenfrei bleiben. Darüber hinaus schlagen etwa die Kultusminister leistungsbezogene Verbesserungen der BAFÖG-Zahlungen, Darlehensersatz bei besonders erfolgreichem Studienabschluß und andere motivierende Prämien vor. Ganz entscheidend für Erfolg oder Scheitern der Reformen überhaupt sei, hierin sind sich alle einig, die aktive Beteiligung der Studierenden und deren Identifikation mit den Reformzielen.

Gegen die einzelnen Positionspapiere ist von vielen Seiten vor allem eingewandt worden, eine Vielzahl der geforderten Maßnahmen seien keineswegs neu und schon bei früheren Durchsetzungsversuchen gescheitert. Anderen gehen sie nicht weit genug, beispielsweise in der Frage der Steuerung der zu behäbigen Universitäten. Hierzu wird häufig eine noch deutlichere Wettbewerbsorientierung gefordert. Auch ist die Forderung nach einer noch stärkeren Angleichung des Forschungs- und Lehrprofils an die Erfordernisse des Marktes aus den Reihen der Wirtschaft unüberhörbar.

Von seiten der Hochschulrektoren selbst wurde mehrfach die Befürchtung geäußert, die dringend erforderlichen Reformvorschläge würden ausschließlich unter finanzpolitischen Erwägungen beurteilt und umgesetzt oder vielmehr nicht umgesetzt. Ihre Erwartungen richten sich besonders auf eine deutliche finanzielle Unterstützung durch den Bund. Insgesamt hat die Rektorenkonferenz für die Reform des Hochschulbetriebes einen Finanzbedarf von bis zu neun Milliarden Mark errechnet. Davon entfällt ein großer Teil auf den Aufbau neuer Hochschulstrukturen in den neuen Bundesländern. Bis zu vier Milliarden Mark müßten aber, so die Forderung, für eine bessere Grundausstattung der Hochschulen im Westen aufgebracht werden.

Gegenüber solchem Ansinnen haben dagegen die Fachministerien des Bundes in ihrem Positionspapier formuliert: „Es wird erwartet, daß die zuständigen Länder die Grundausstattung ihrer Hochschulen mit Personal- und Sachmitteln dem tatsächlichen Bedarf anpassen und daß die Universitäten die von ihnen selbst beschlossene Reform des grundständigen Studiums umgehend durchführen und die gegebenen Möglichkeiten zur Steigerung der Ausbildungs- und Forschungseffizienz voll ausschöpfen und durch Schwerpunktsetzungen neue finanzielle Handlungsspielräume schaffen. Dieser Prozeß muß von den Ländern durch geeignete Maßnahmen wirksam unterstützt werden. Von der Erfüllung dieser Voraussetzungen ist abhängig, wie sich der Bund künftig an der Finanzierung des Hochschulbereiches beteiligt.“

Für den geplanten Gipfel haben die Rektoren schon deutlich gemacht: Sie kommen nur, wenn der Bundeskanzler mit ihnen auch über Geld sprechen wird. Die Strukturreformen selbst seien allein Sache der Länder, der Universitäten und der Fachhochschulen.

Weder die Krise, in der sich der deutsche Hochschulbetrieb befindet, noch die Dringlichkeit einer umfassenden Reform werden von irgendeiner Seite bestritten. Und es herrscht auch – zumindest was die Grundzüge betrifft – große Übereinstim-

mung bei den Reformvorstellungen; ebenso in der grundsätzlichen Bekräftigung durch alle genannten Gremien, die Hochschulen prinzipiell für alle, die studieren wollen und dazu in der Lage sind, auch weiterhin offenzuhalten. Jedoch scheinen unter den derzeit gegebenen Umständen die Chancen gering zu sein, daß die geforderte Neugestaltung der deutschen Bildungslandschaft in dem gewünschten Maße unabhängig von finanzpolitischen Erwägungen stattfinden kann.

Alexander Foitzik

Ernstzunehmende Anfragen

Die katholische Kirche und die Sekten in Lateinamerika

Lateinamerika ist längst nicht mehr der geschlossen „katholische Kontinent“: In manchen Ländern gehört schon ein Viertel der Bevölkerung evangelikal-pfingstlerischen Gruppierungen und neuen religiösen Bewegungen verschiedenster Provenienz an. Die Sekten sind inzwischen stärker als früher in Gesellschaft und Kultur des Subkontinents verwurzelt; sie kommen den religiösen Bedürfnissen bestimmter Bevölkerungsschichten entgegen. Die katholischen Bischöfe haben sich bei ihrer Vollversammlung in Santo Domingo im Herbst letzten Jahres (vgl. HK, Dezember 1992, 562ff.) der Herausforderung durch den zunehmenden Pluralismus in Lateinamerika zu stellen versucht.

„Das Problem der Sekten hat dramatische Ausmaße angenommen und ist vor allem wegen des wachsenden Proselytismus [der Sekten] wirklich besorgniserregend.“ Mit diesen Worten leiten die in Santo Domingo versammelten Bischöfe ihre Anmerkungen zur Problematik der fundamentalistischen Sekten in Lateinamerika ein (Kapitel 1.4.5., Nr. 139–146 der „Conclusiones“ der 4. Generalversammlung des lateinamerikanischen Episkopats in Santo Domingo, vom 12. bis 28. Oktober 1992). Diese Anmerkungen stehen im größeren Kontext der evangelisatorischen Aufgabe der Kirche, ihrer „Mission ad gentes“, ihrer ökumenischen Aufgabenstellung, ihres Dialogs mit nicht-christlichen Religionen, ihrer Auseinandersetzung mit Atheismus und religiösem Indifferentismus. Neben den Fundamentalistischen Sekten werden in einem weiteren Abschnitt die „neuen religiösen Bewegungen“ oder „freien religiösen Bewegungen“ parachristlicher, esoterischer, philosophischer usw. Provenienz erwähnt (Kapitel 1.4.6., Nr. 147–152).

Bemerkenswert an der Aufnahme der „Herausforderung“ der fundamentalistischen Sekten und religiösen Bewegungen in das Abschlußdokument von Santo Domingo sind die Anfragen, die die Bischöfe aufgrund dieser vor allem in den letzten Jahren „explodierenden“ Entwicklung an das Gelingen ihrer eigenen Pastoral stellen. Noch in den 80er Jahren wurde der „Boom“, die „Lawine“ der Sekten als eine „Invasion“, ein „Angriff“ auf die katholische Kirche verstanden. Diese ging mit einer fast naiven Selbstverständlichkeit von ihrem religiö-

sen Monopol in Lateinamerika, dem „katholischen Kontinent“, aus, und dementsprechend wurde das Anwachsen der Sekten allein von außen, aus einer defensiven Perspektive, betrachtet. In Santo Domingo machen die Bischöfe darauf aufmerksam, daß hinter den Anfragen und „Herausforderungen“, die die Sekten und religiösen Bewegungen stellen, mehr steht als ein peripheres Problem: Auf dem Spiel stehen die von der katholischen Tradition geprägten und beanspruchten Ausdrucksformen und Symbole des Glaubens und ihre Koinzidenz mit den religiösen Bedürfnissen vor allem der einfachen Bevölkerungsschichten auf dem Land und in den Randzonen der Metropolen, die besonders stark unter dem Umbruch, Aufbruch und Zerfall traditioneller Sozialstrukturen und -bindungen leiden. Das Aufkommen der religiösen Bewegungen wird als „Zeichen der Zeit“ interpretiert und als eine „Warnung“ an die Kirche angesichts ihrer fehlenden Präsenz in vielen Sektoren der Bevölkerung, was zu einem Nachdenken über ihre evangelisatorischen Aufgaben und die Neugestaltung ihrer Pastoral führen muß. (Concl. 147).

Es ist schwer, genaue statistische Angaben über die Anzahl der Sektenanhänger in Lateinamerika zu machen; alle unterschiedlichen Schätzungen, sei es auf Seiten der Kirchen oder auch der einzelnen Sekten und religiösen Bewegungen, kommen darin überein, daß das Anwachsen der Sekten seit Ende der 60er Jahre und vor allem in den letzten zehn Jahren ein Ausmaß angenommen hat, das den Konversionsprozeß in den Zeiten der Reformation im Europa des 16. Jahrhunderts bei